



ARBEITSGEMEINSCHAFT VERWALTUNGSRECHT IM DEUTSCHEN ANWALTVEREIN
- Landesgruppe Baden-Württemberg (www.arge-verwaltungsrecht-bw.de) -

Stand 03.07.2018

Hinweise zur Datenverarbeitung für Mitglieder

Die Arbeitsgemeinschaft Verwaltungsrecht im Deutschen Anwaltverein – Landesgruppe Baden-Württemberg – (ARGE) arbeitet mit EDV-Unterstützung. Die Mitgliederverwaltung erfolgt u.a. elektronisch. Dabei werden personenbezogene Daten elektronisch gespeichert, verarbeitet und übermittelt. Die Wartung und Pflege der EDV erfolgt durch externe Dienstleister.

Hiermit informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte.

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch die Arbeitsgemeinschaft Verwaltungsrecht Baden-Württemberg im Deutschen Anwaltverein, Vorsitzende Alexandra Fridrich, Fridrich Bannasch & Partner Rechtsanwälte mbB, Kartäuserstraße 51a, D-79102 Freiburg (Verantwortlicher).

Ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter gem. Art. 37 Abs. 4 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (Datenschutz-Grundverordnung, im Folgenden: DSGVO) in Verbindung mit § 38 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz muss aufgrund der Betriebsgröße nicht bestellt werden.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Bei einer Mitgliedschaft in der ARGE erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Name und Anschrift der Kanzlei,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk), Faxnummer der Kanzlei
- Informationen, die für die Verwaltung der Mitgliedschaft notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unser Mitglied identifizieren zu können;
- um Sie als Mitglied angemessen informieren zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Erhebung des Mitgliedsbeitrags.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf die von Ihnen beantragte Mitgliedschaft in der ARGE hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung der Mitgliedschaft und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft in der ARGE erforderlich.

Die von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zur Beendigung Ihrer Mitgliedschaft gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, Sie willigen in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO ein.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte findet in der Weise statt, dass die mit Ihrer Einwilligung auf unserer Webseite eingestellten Kontaktdaten dort von Besuchern der Webseite in den Rubriken „Mitgliederliste“ und „Anwaltssuche“ eingesehen und abgerufen werden können. Die Kontaktdaten werden ggf. an den Verwaltungsgerichtshof oder sonstige öffentliche Einrichtungen zur Verwendung für Einladungen zu Fortbildungsveranstaltungen weitergegeben. Für den Verwaltungsrechtstag wird eine Liste der Tagungsteilnehmer erstellt (Name, Berufsbezeichnung und Dienststelle), die in gedruckter Form mit den Tagungsunterlagen allen Tagungsteilnehmern zugänglich gemacht wird.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder die unseres Sitzes (Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Königstr. 10a, 70173 Stuttgart) wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen an unsere Adresse: Arbeitsgemeinschaft Verwaltungsrecht Baden-Württemberg im Deutschen Anwaltverein, Vorsitzende Alexandra Fridrich, Fridrich Bannasch & Partner Rechtsanwälte mbB, Kartäuserstraße 51a, D-79102 Freiburg, Tel.: +49 (0)761 3837890, Fax: +49 (0)761 38378911, [info\(at\)arge-verwaltungsrecht-bw.de](mailto:info(at)arge-verwaltungsrecht-bw.de)